

František Šedivý

Uran für die Sowjetunion

Mit einer Einführung von František Bártík



František Šedivý

Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die
Stasi-Unterlagen

Band 15

František Šedivý

Uran für die Sowjetunion

Mit einer Einführung von František Bártík



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Trotz intensiver Bemühungen konnte nicht bei allen Bildern die Quelle ermittelt werden. Hinweise nimmt der Verlag dankend entgegen.

2., unv. Auflage 2016

© 2015 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig

Printed in Germany · H 7863

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Übersetzung: Michaela Bauerova und Stephanie George

Lektorat: Maxi Krell

Gesamtredaktion: Nancy Aris

Gesamtgestaltung: behnelux gestaltung, Halle/Saale

Coverbild: Die Grube Svornost bei Jachýmov in den 1950er Jahren /

Foto: DIAMO (státní podnik odštěpný závod Sprava uranových ložisek)

Druck und Binden: Druckhaus Köthen GmbH & Co. KG

ISBN 978-3-374-04033-9

www.eva-leipzig.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

František Bártík

Überblick über die Geschichte des Uranbergbaus und die Uran-Lager in Böhmen 13

1945 bis 1951 19

1952 bis 1959 19

1959 bis 1967 20

1967 bis 1989 20

NS-Kriegsgefangenenlager 1940–1945 23

Das Lager für deutsche Kriegsgefangene 1946–1950 26

Uran-Zwangsarbeitslager 1949–1951 33

Uran-Besserungs-Arbeitslager 1949–1953 37

František Šedivý

Die Hölle von Jáchymov – eine Jugend im Straflager

Autobiographische Erinnerungen

I. Das Tor zur Hölle 48

II. Durch das Fegefeuer 126

III. Sonderlinge 203

Vorwort

Derjenige, der die Schriftenreihe des Landesbeauftragten kennt, mag vielleicht verwundert sein über den neuen Band und sich fragen, wie das Thema »Uranbergbau in Böhmen« in eine Reihe gelangt, die sich vornehmlich mit DDR-Geschichte beschäftigt und dabei den regionalen Schwerpunkt auf Sachsen legt? Die Frage ist schnell beantwortet, denn schon bei flüchtiger Betrachtung zeigen sich viele Bezüge und Verflechtungen zwischen dem Uranbergbau diesselts und jenseits der deutsch-tschechischen Grenze. So war nicht nur die geographische Nähe zwischen den Abbauzentren in Sachsen und Böhmen – eine Kulturlandschaft mit historischen Wurzeln im Silberbergbau – ein verbindendes Element, sondern vor allem die Rolle der Sowjetunion, die ab 1945 jahrzehntelang das Leben dieser Region bestimmen sollte. Anhand des Uranbergbaus kann gut nachvollzogen werden, wie die Sowjetunion ihren Einflussbereich über Ländergrenzen hinweg ausgeweitet hatte. Um den Kommunismus als grenzüberschreitendes Phänomen beschreiben zu können, sollte seine Aufarbeitung deshalb auch transnationale Wege beschreiten, vor allem dann, wenn die Geschichte unserer Nachbarn die eigene so eng berührt. Nicht zuletzt eröffnet solch grenzüberschreitende Betrachtung auch einen europäischen Blick auf die jüngste Vergangenheit.

Die Uranvorkommen in Sachsen und Böhmen hatten für die Sowjets eine enorme Bedeutung, denn spätestens nach dem Atombombenabwurf der Amerikaner im August 1945 war klar, dass die Sowjets im Wettlauf mit den USA zurücklagen und in der Position des Schwächeren agierten. Sie selbst verfügten zu jener Zeit kaum über Uranförderstätten in nennenswertem Umfang. Die betriebsbereiten Gruben im Erzgebirge waren deshalb ein strategischer Volltreffer, weil damit die »Uranlücke« geschlossen und der amerikanische

Vorsprung aufgeholt werden konnte. Im Erzgebirge wurde damals Weltpolitik entschieden.

Auch wenn die Geschichte der *Wismut* und der *Joachimsthaler Bergwerke* im Einzelnen große Unterschiede aufweisen, können doch auf struktureller Ebene viele Gemeinsamkeiten festgestellt werden. So verlief die Bemächtigung der Uranvorkommen, ihre Erkundung, Erschließung und Förderung ähnlich, selbst wenn die SBZ/DDR das Uran als Reparationsleistung abgab, die Tschechoslowakei hingegen das Erz auf vertraglicher Basis an die Sowjetunion verkaufte. Die Sowjetunion hatte in dieser Frage das unangefochtene Sagen, eine nicht zu hinterfragende Monopolstellung. Das Atombombenprojekt und damit verbunden die Frage der Uranförderung unterstand direkt dem sowjetischen Geheimdienstchef, der dafür Sorge trug, dass bewährte Strukturen und Arbeitsmethoden seines Apparates ins Erzgebirge exportiert wurden und dort zur Anwendung kamen. Unter Aufsicht des Geheimdienstes entstanden in Sachsen und Böhmen zwei der größten sowjetischen Auslandsunternehmen. Sowohl auf der deutschen als auch auf der tschechischen Seite herrschte strengste Geheimhaltung, es wurden militärische Sperrzonen eingerichtet, Zwangsaussiedlungen folgten. Die Arbeitsprozesse vor Ort wurden vom Geheimdienst überwacht.

Wie sehr die Uranförderung in der SBZ und Tschechoslowakei von sowjetischer Seite als eine Einheit betrachtet wurde, lässt sich an der »Aktion Wismut« ablesen. Die Sowjets hatten 1947 tausende deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion nach Jáchymov verbracht, wo sie in Lagern untergebracht waren und im Uranbergbau Zwangsarbeit leisten mussten. Da sich die Siegermächte auf der Moskauer Außenministerkonferenz im April 1947 geeinigt hatten, alle deutschen Kriegsgefangenen bis Ende 1948 freizulassen, kam es 1949 zu internationalen Protesten, weil dies noch immer nicht geschehen war. Die »Aktion Wismut« war die sowjetische Antwort auf die Proteste. Sie bestand darin, den Kriegsgefangenen die

Freilassung anzubieten, jedoch nur, wenn diese sich für den Dienst bei der *Wismut AG* verpflichteten. Andernfalls drohte der Rücktransport in die Sowjetunion.

Anders als bei der *Wismut*, wo die notorisch fehlenden Arbeitskräfte durch finanzielle Verlockungen angezogen wurden oder durch Rekrutierungen der Arbeitsämter »zwangsfreiwillig« kamen, erfolgte der Uranbergbau in Böhmen zu einem Großteil auf dem Rücken von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und Häftlingen. Der flächendeckende Ausbau der Lager begann, als im März 1949 die Entscheidung gefallen war, Häftlinge als Arbeitskräfte einzusetzen. In kurzer Zeit entstand ein System von insgesamt 18 Zwangsarbeits- und Straflagern. In unmittelbarer Nähe der Gruben fristeten die so genannten Uranskclaven ein völlig entrechtetes Dasein, vegetierten oft jahrelang unter katastrophalen Lebensbedingungen, wobei sie gefährliche und gesundheitsschädigende Schwerstarbeit verrichteten. Zehntausende Häftlinge durchliefen diese Lager. Allein im Jahr 1953 waren es knapp 15.000. Nach offizieller Lesart sollten sie durch »Arbeitserziehung« zu vollwertigen sozialistischen Menschen umerzogen werden. In Wirklichkeit hatte man die »Staatsfeinde« längst abgeschrieben und steckte die politischen Häftlinge gezielt in die Lager mit den schwersten Bedingungen und der gefährlichsten Arbeit. Besonders berüchtigt war die Arbeit im *Lager Vykmanov II*, wo das Erz verarbeitet und verladen wurde und die Arbeiter ohne jeglichen Schutz ununterbrochen der radioaktiven Strahlung und dem radioaktiven Staub ausgesetzt waren.

Unser Autor František Šedivý beschreibt in seinen hier vorgelegten autobiographischen Erinnerungen diese Arbeit am so genannten Todesturm. Über zwölf Jahre durchlief er ein Labyrinth von Haftanstalten und Lagern. Im Text tritt er dem Leser als Pavel entgegen. Liest man seine Schilderungen, so ist man verstört und erschüttert über das menschenverachtende politische System, über die Skrupellosigkeit der Machthaber, den Sadismus der Ausführenden. Šedivý

vergleicht das, was er erleben musste, mit den Zuständen in Konzentrationslagern der Nazis. Und in der Tat spricht einiges dafür – sowohl aus der persönlichen Erlebnisperspektive als auch aus der Sicht eines Historikers. Es besteht kein Zweifel daran, dass sich der Aufbau der Lager an den frühen KZ orientierte. Sogar die Begriffe übernahm man aus dem Deutschen. Das täglich mehrfach stattfindende Ritual des Abzählens fand auf dem *apel plac* statt, die Kontrollen der Baracken hießen *filcunk*. Der Spruch über den Lagertoren »Durch Arbeit zur Freiheit« wies große Ähnlichkeit mit dem deutschen Vorbild auf. Auch die parallele Lagerhierarchie und »Selbstverwaltung« mit Kapo-System, Lagerältesten und Stubenältesten wurde übernommen.

Doch übersieht Šedivý, dass die Kommunisten mit den Lagern keine Tötungsabsicht verfolgten, sondern eine maximale Ausbeutung der Arbeitskraft, um kostengünstig und schnell möglichst viel Uran zu fördern. Die Lager waren eine Mischform: in Struktur und äußerer Form ähnelten sie stark den frühen KZ, in der Art der Führung hatten sie aber wesentliche Methoden des sowjetischen GULAG-Systems übernommen. Erinnert sei an das rigide System der Kollektivbestrafung, die Kategorisierung und Versorgung der Häftlinge entsprechend ihrer Arbeitsleistung, die exzessive Ausübung von Gewalt und Strafen bei nicht zufriedenstellender Arbeit und die Gewährung von Belohnungen (Briefkontakt, Besuch, Rasieren) bei Übererfüllung der Norm.

Auch die in den Schilderungen beschriebene Odyssee Šedivýs durch die verschiedenen Lager und die ständigen Verlegungen selbst innerhalb eines Lagers in immer neue Baracken vermitteln beim Lesen den Eindruck eines diffusen, chaotischen Lagersystems. Weiß man jedoch, dass die Staatsicherheit, die für die äußere Absicherung der Lager zuständig war, die Machbarkeit von Fluchtversuchen ständig analysierte, so wird verständlich, warum sie bemüht war, dauernd »umzusortieren«, denn ein Fluchtversuch konnte nur dann gelingen,

wenn der Häftling sein Umfeld gut kannte und vertrauliche Kontakte zu zivilen Mitarbeitern aufgebaut hatte. Selbst das bizarr anmutende Detail, dass nur im Sommer Laken ausgegeben wurden, erschließt sich anhand der Akten. Die Bewacher befürchteten, dass im Winter die weißen Laken potentiellen Flüchtigen als Tarnung dienen könnten.

Diese Beispiele zeigen, dass es hilfreich sein kann, den Schilderungen eines Zeitzeugen eine historische Einordnung zur Seite zu stellen. In diesem Buch geschieht dies durch die Einführung von František Bártík. Mit Bártík haben wir nicht nur einen Experten gefunden, der sich seit Jahren wissenschaftlich mit der Thematik beschäftigt, sondern auch einen »Praktiker«, der seit 2005 die Gedenkstätte im ehemaligen *Lager Vojna* leitet. Der Landesbeauftragte Lutz Rathenow hat bewusst die Erinnerungen eines Zeitzeugen und die Überblicksdarstellung eines Historikers zusammengebracht, weil die Innensicht des Beteiligten und die Draufsicht des Forschers einander ergänzen und das Zusammenwirken beider Blickwinkel neue Impulse setzt.

Wir danken der Umweltbibliothek Großhennersdorf, die sich, aus dem Dreiländereck agierend, sehr für das Thema eingesetzt und uns die Autoren vermittelt hat. Ferner bedanken wir uns bei allen Archiven und Bildgebern, die die Recherche unterstützt haben und wünschen dem Buch viele interessierte Leser.

Dr. Nancy Aris
Stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte
für die Stasi-Unterlagen

František Bártík

Überblick über die Geschichte des Uranbergbaus und die Uran-Lager in Böhmen¹

Das Erzgebirge ist eine jahrhundertlang vom Erzbergbau geprägte Kulturlandschaft, die sich auf einer Länge von rund 150 Kilometern vom südwestlichen Sachsen bis in das nordöstliche Böhmen erstreckt. Durch das Erzgebirge verläuft die Staatsgrenze zwischen der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Vier Jahrzehnte lang handelte es sich um die Grenze zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Geschichte des Uranbergbaus ist auf beiden Seiten der Grenze unterschiedlich verlaufen, doch eine wesentliche Gemeinsamkeit besteht darin, dass das Uranerz bis auf kleine Ausnahmen ausschließlich für militärische Zwecke gefördert und an die Sowjetunion geliefert wurde. Ein zweiter verbindender Faktor ist die Tatsache, dass auf der tschechischen Seite nach dem Kriegsende auch Deutsche im Uranbergbau eingesetzt wurden. Zuerst waren es deutsche Kriegsgefangene, dann folgten die so genannten Retributionsgefangenen, also jene, die als Kollaborateure der Nazis im Protektorat Böhmen und Mähren verurteilt worden waren. Nach ihrer Entlassung wurden sie bis auf wenige Ausnahmen auf deutsches Gebiet vertrieben, die Mehrzahl in die Deutsche Demokratische Republik, wo sie in der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut erneut zur Uranerzproduktion eingesetzt wurden.

Der Uranbergbau in der ČSSR und in der DDR spiegelt in einzigartiger Weise die komplizierte Entwicklung der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg wider. Exemplarisch führt er komplexe Mechanismen eines totalitären Regimes auf beiden Seiten der Grenze vor. Anhand einer Region kann das Agieren kommunistischer Regime, ihre Entwicklung zu Akteuren

1 Dieser Beitrag entstand unter Mitarbeit von Dr. Nancy Aris, der ich für die redaktionelle Bearbeitung und die wichtigen Ergänzungen danke.

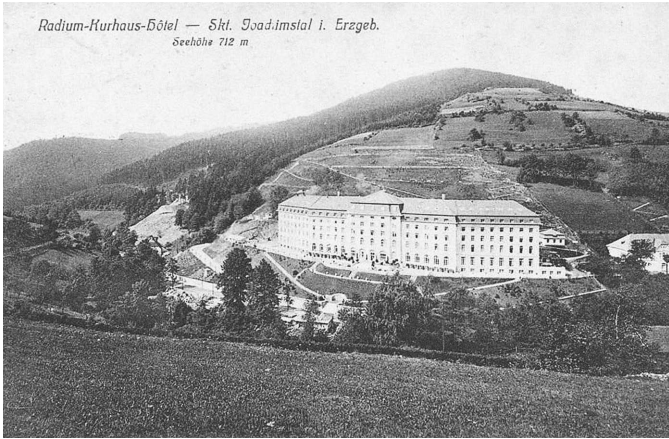


Quelle: DIAMO

Fabrik zur Herstellung uranhaltiger Farben, später Radiumlaboratorium, um 1900

der Weltpolitik sowie ihre unmittelbare Einflussnahme auf diese verfolgt werden.

Anfang des 19. Jahrhunderts erlangte Uranerz, das in Joachimsthal (tschech. Jáchymov) seit dem 16. Jahrhundert bekannt war, industrielle Bedeutung. Joachimsthal war seit dem Mittelalter bekannt für seinen Silberbergbau. Damals war Joachimsthal nach Prag die zweitgrößte Stadt Böhmens, der *Joachimsthaler*, eine Silbermünze, war Namenspatron für den amerikanischen Dollar. Uran wurde in Joachimsthal bis ins 19. Jahrhundert unter dem Begriff »Pechblende« für ein minderwertiges Zink- oder Eisenerz gehalten. Es war ein Abfallprodukt, das man auf Halden schüttete. Seit den 1830er Jahren wurde Uran dann in einigen erzgebirgischen Gruben als Nebenprodukt für die Herstellung von Glas- und Porzellanfarben gewonnen. In Joachimsthal erreichte dies industrielle Ausmaße. Im Jahr 1871 wurde dort der Silberbergbau eingestellt und eine staatliche Fabrik zur Uranfarbenherstellung errichtet. Es war damit der weltweit erste Uranbergbau, in dem



Postkarte vom Radium-Kurhaus-Hotel aus dem Jahr 1912

Uran als Hauptprodukt abgebaut wurde. Hinzu kam die Erforschung und Erschließung der stark randonhaltigen Quellen und die Nutzung des Wassers für Heilzwecke. Ab 1911 begann mit der Eröffnung des Kurbades in Joachimsthal der regelmäßige Kurbetrieb, der zahlreiche Gäste aus aller Welt anzog.

Die eigentliche Nutzung von Uran begann nach 1902, als es Marie Skłodowska Curie gelungen war, aus dem Abraum der Joachimsthaler Fabrik auf chemischem Weg eine kleine Menge Radiumsalz und 1910 das erste Gramm metallisches Radium zu isolieren. Das Erzgebirge stellte zu dieser Zeit fast die einzige Bezugsquelle für Uran in der wissenschaftlichen Forschung dar und nahm damit eine Monopolstellung ein.

Nach der Gründung der ersten Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1918 übernahm der Staat die Bergwerke. Im Jahr 1922 beschäftigten die *Joachimsthaler Bergwerke* 288 Mitarbeiter. Die Tschechoslowakei deckte 1935 mit ihrem Export 45% der Weltnachfrage ab. Mit der politischen Entwicklung und dem ausbrechenden Zweiten Weltkrieg gewann Uranerz

insbesondere in der Rüstungsindustrie an Bedeutung. Dort, wo Uran abgebaut wurde, bestanden Lager, in denen man Menschen unfreiwillig festhielt und sie zur Produktion des Uranerzes in der Tschechoslowakischen Republik missbrauchte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fühlte sich die Sowjetunion trotz ihrer Rolle als Kriegsgewinner unsicher, weil sie keine »ultimative Waffe« besaß. Die Atomwaffen, die von den USA auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, führten zwar zur Kapitulation Japans, zugleich handelte es sich aber fraglos um einen ungeheuren Machtgewinn für die Vereinigten Staaten, der das Kräfteverhältnis neu justierte. Die demonstrative Veranschaulichung ihrer zerstörenden Kraft sicherte den USA die unangefochtene militärische Vormachtstellung gegenüber der Sowjetunion. Daher widmeten die Sowjets der Herstellung einer eigenen Atombombe ihre gesamte Aufmerksamkeit. Dieses Bestreben hatte oberste Priorität. In Joachimsthal befand sich das einzig größere, bereits erschlossene Uranvorkommen im sowjetischen Machtbereich mit einer nennenswerten und kontinuierlichen Fördermenge. Die Sowjetunion verfügte zu diesem Zeitpunkt auf ihrem eigenen Territorium noch nicht in größerem Umfang über eigene, bereits in Betrieb befindliche Uranförderstätten. Bergtechnische Erkundungen hätten Jahre gedauert. Demzufolge war das tschechoslowakische Uran für die UdSSR »Gold wert«. Seit Februar 1945 wusste Stalin von den Uranvorkommen in der Joachimsthaler Region. Im August erfolgte ein erster Erkundungsbesuch sowjetischer Militärs und Geheimdienstler in Joachimsthal, einen Monat später wurden drei Schachtanlagen von Rotarmisten besetzt. Sie übernahmen die Zugangskontrolle und erklärten das Revier zum Sperrgebiet, das es jahrzehntelang bleiben sollte.²

2 »Die Leitung der Minen von Jáchymov informierte am 13. September den tschechoslowakischen Generalstab, dass drei Abteilungen der Roten Armee, in der Stärke von 20 Mann, die Minen besetzt hätten. Eine Woche später erhielten die Verantwortlichen vor Ort Besuch von einem General der Roten Armee, der strenge Einlasskontrollen anordnete. Von nun an war der Zutritt zu den



Aufschlagen von Pechblende über Tage

Minen nur noch mit Spezialausweisen gestattet, ausgestattet von der Kommandantur der Roten Armee in Karlovy Vary. Die Bergleute mussten sich vor und nach ihrer Schicht Leibesvisitationen unterziehen, damit kein Erz herausgeschmuggelt wurde.« In: Rainer Karlsch, Zbynek Zeman: Urangeheimnisse – Das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik 1933–1960, Berlin 2002, S. 78.

Nach 1945 entstand in der neu gegründeten Republik ein neuer Uranindustriezweig. So wurde beispielsweise der kleine Bergbaubetrieb Jáchymov in ein großes staatliches Unternehmen umgewandelt. Den offiziellen Rahmen für die Uranförderung und die Geschäftsgrundlage zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion bildete das Abkommen zwischen den Regierungen der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik »über die Erweiterung des Abbaus von radiumhaltigen und anderen radioaktiven Erzen und Konzentraten, sowie deren Auslieferung in die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken«, das am 23. November 1945 geschlossen wurde. Das Wort »Uran« kam darin aus Geheimhaltungsgründen nicht vor. Dieses Abkommen unterzeichneten der Außenhandelsminister Hubert Ripka und im Namen der UdSSR der stellvertretende Außenhandelsminister Ivan Bakulin. Eine Woche später beschloss die sowjetische Führung in Moskau, ein 980 Quadratkilometer großes Sperrgebiet zwischen Tscheljabinsk und Swerdlowsk einzurichten, in dem Produktionsstätten für die Atombombe errichtet werden sollten.

Eine Beurteilung des Abkommens ist recht kompliziert und wird bis heute häufig absichtlich verzerrt. Faktisch bedeutete der Vertrag, dass bereits vor dem kommunistischen Putsch im Februar 1948 sämtliche Unternehmen auf diesem Gebiet verstaatlicht wurden. Darüber hinaus verzichtete die Tschechoslowakei zu Gunsten der UdSSR fast vollständig darauf, das geförderte Uran eigenmächtig nutzen zu dürfen und nach eigenem Ermessen verkaufen zu können. Alleiniger Handelspartner war die Sowjetunion, die sich mit dem Vertrag das Verfügungsmonopol sicherte. Das Abkommen bezog sich zudem auf bis dato noch nicht erschlossene Vorkommen. Insofern hatte sich die Sowjetunion die alleinige Verfügungsgewalt über das vorhandene Uran gesichert und die Tschechoslowakei zum nicht autonom agierenden Rohstofflieferanten degradiert.

Hinsichtlich der Abbaumenge, der erbrachten Investitionen und der erzielten Verkaufserlöse lässt sich der Uranabbau ab 1945 in vier Zeitabschnitte einteilen:

1945 bis 1951

In den Jahren 1945 bis 1951 wurde Uranerz um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die Arbeitskräfte und auf die Umwelt produziert. Aus Sicht der UdSSR und im Hinblick auf den dringenden Uranbedarf zur Herstellung von Atomwaffen war dies ein nachvollziehbarer Schritt, galt es, den Vorsprung von zwei Jahren, den die USA hatten, schnellstmöglich aufzuholen. In dieser Phase wurden sämtliche Aufwendungen für den Abbau inklusive der produktionsbegleitenden Kosten von sowjetischer Seite übernommen. Dazu gehörten auch die Personalkosten, die Ausgaben für den Ausbau der technischen Basis für die Mitarbeiter des volkseigenen Betriebes *Joachimsthaler Bergwerke n. p.* und die Kosten für den Ausbau der Infrastruktur. Darüber hinaus wurde der Tschechoslowakei ab 1949 eine Gewinnbeteiligung von 18%, später dann von 15% garantiert. Im Jahr 1949 betrugen die Aufwendungen für die Gewinnung von einem Kilo Uran 1993 Kronen. Auf der anderen Seite zahlte die UdSSR bis 1949 oft und viel. Mit Sicherheit wurden in diesem Zeitabschnitt die einträglichsten Uranexporte in die UdSSR vorgenommen. Zum 16. September 1946 wurden fünf Millionen Kronen bezahlt und Ausrüstungen im Wert von 2,5 Millionen Kronen geliefert. Der Betrieb *Joachimsthaler Bergwerke* arbeitete auf Kredit. Während dieser Zeit wurde nur ein Prozent des bis 1991 in die UdSSR gelieferten Urans exportiert.

1952 bis 1959

In dieser Zeitspanne bezahlte die UdSSR nur noch die Ausgaben für den Abbau. Die Gewinnbeteiligung wurde auf zehn Prozent herabgesetzt. Am Ende dieser Phase übertraf das Uranerzangebot die Nachfrage. Die UdSSR hatte nun aus-

reichend Uranreserven und ihr Interesse am weiteren Abbau sank. 1952 betragen die Kosten für den Abbau von einem Kilogramm Uran 855 Kronen, 1958 nur noch 326 Kronen.

1959 bis 1967

In diesem Zeitraum entstand eine absurde Situation: die UdSSR bezahlte für das tschechoslowakische Uran einen Festpreis von 135 Kronen pro Kilo. Dieser Preis galt für die kommenden fünf Jahre. Insofern hing es ausschließlich von der Effizienz des Abbaus ab, ob der Export in die UdSSR gewinnbringend oder verlustreich sein würde. In den Jahren 1961 bis 1965 wurde der Abbau jedoch immer unrentabler und musste mit drei Milliarden Kronen aus dem Staatshaushalt subventioniert werden. Im Jahr 1960 wurden die höchsten Abbaumengen erreicht. Insgesamt wurden 3037 Tonnen Uran exportiert.

1967 bis 1989

In der langen Phase zwischen 1967 bis 1989 waren die Produktionskosten weit höher als der Preis, den die UdSSR bereit war zu zahlen. Der Abbau wurde weiterhin vom Staat subventioniert. Im Jahr 1979 betrug die staatliche Subvention für ein Kilogramm Uran 932 Kronen. Hinzu kamen die Zusatzkosten für geologische Untersuchungen, den Wohnungsausbau und infrastrukturelle Begleitmaßnahmen. Die staatlichen Subventionen beliefen sich für den Zeitraum von 1965 bis 1989 auf insgesamt 38,5 Milliarden Kronen. Allein im Jahr 1989 waren es 1,7 Milliarden Kronen. Diese enorme finanzielle Belastung, die im Zuge der Uranförderung allein vom tschechoslowakischen Staat geschultert werden musste, muss jedoch relativiert werden, da ausgewählte Rohstoffe, wie z. B. Erdöl, von der Sowjetunion unter Weltmarktpreis geliefert wurden.

Die tschechoslowakische Uranindustrie wurde jahrzehntelang von einer tschechoslowakisch-sowjetischen Verwaltung

gesteuert. Insbesondere in den Anfangsjahren beteiligten sich die tschechoslowakischen Mitarbeiter an der Betriebsleitung nur sehr sporadisch. Das rasante Tempo des Ausbaus der Uranindustrie und ihr Umfang sprengten den Rahmen und die Möglichkeiten der tschechoslowakischen Wirtschaft und entwickelten sich auf Kosten anderer Wirtschaftssektoren. Das Unternehmen *Joachimsthaler Bergwerke* benötigte ständig massenhaft Arbeitskräfte, die bereit waren, das gesundheits-schädigende Uran abzubauen. Zum 31. Juli 1945 waren unter den 143 Mitarbeitern nur 18 Tschechen, der Rest der Mitarbeiter war deutscher Nationalität. Der Arbeitskräftemangel war zu jeder Zeit hoch, da immer neue Schürfe eröffnet wurden, für die neue Arbeiter gebraucht wurden. Zivile Mitarbeiter gab es trotz der ihnen zugesprochenen Vorteile und trotz des überdurchschnittlich hohen Verdienstes nur sehr wenige, und ihre Anzahl reichte nicht aus, um die Uranproduktion abzusichern. In der Nachkriegszeit wurde dieser Mangel durch zwangsweise rekrutierte Arbeitskräfte behoben. Zum Einsatz kamen zur Vertreibung bestimmte Deutsche und deutsche Kriegsgefangene, die aus Kriegsgefangenenlagern in der UdSSR in die Tschechoslowakei gebracht wurden. Später versuchte man, mit verschiedenen Aktionen Arbeiter anzuwerben. Mit der *Aktion J* (J stand für Jáchymov) warb man 1948 in elf Distrikten Deutsche an und holte sie mit ihren Familien nach Jáchymov. Ein Jahr später versuchte man mit der *Aktion A* zivile tschechische Arbeiter ins Uranrevier zu locken. Die Erfolge dieser Aktionen waren begrenzt.³

Neben den Häftlingen im Strafvollzug (Politische, Retributionshäftlinge, Kriminelle) wurden auch Zwangsarbeiter zur Gewinnung und Verarbeitung des Uranerzes verpflichtet. In den Uranlagern wurden diese zwangsweise festgehaltenen Arbeitskräfte lange vor dem kommunistischen Putsch im Jahr 1948 unter vergleichbaren Bedingungen wie die nach 1948 inhaftierten politischen Gefangenen missbraucht. Diese Aussage soll keineswegs deren Martyrium relativieren, sondern

3 Rainer Karlsch, Zbynek Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 122.

lediglich auf den Fakt hinweisen, dass politische Gefangene nicht die einzigen waren, die gezwungen waren, unter menschenunwürdigen Bedingungen lebensgefährliche Arbeit zu verrichten. Lange vor dem Einsatz politischer Häftlinge zur Uranproduktion schufteten andere Arbeitskräfte unfreiwillig unter heute kaum vorstellbaren Bedingungen.

Auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik können vier Lagerarten unterschieden werden, die von 1940 bis 1986 unter verschiedenen diktatorischen Regimen existierten. Bis 1986 nahmen Häftlinge im Rahmen des Strafvollzugs an der Uranförderung in der mittelböhmischen Příbramer Region teil.

Das erste Lager wurde von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg für französische (später sowjetische) Kriegsgefangene errichtet. Sie förderten Uranerz für das Großdeutsche Reich. Nach dem Kriegsende übernahmen die Sowjets die Lager. Als Arbeitskräfte wurden deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion in die Joachimsthaler, Schlaggenwalder und Příbramer Regionen transportiert, wo sie Uran für die UdSSR produzierten. Die Verwaltung der Lager lag allein in sowjetischer Hand. Zwei weitere Lagertypen entstanden später, sie wurden ausschließlich vom Tschechoslowakischen Staat gegründet. Es handelte sich um so genannte Zwangsarbeitslager (Tábory Nucené Práce – TNP), die es von 1949 bis 1951 bei den Uranbergwerken gab. Der vierte Lagertyp waren die Besserungs-Arbeitslager (Nápravně Pracovní Tábor – NPT), die zwischen 1949 und 1953 gegründet wurden.

NS-Kriegsgefangenenlager 1940–1945

Der Beginn des Missbrauchs von Arbeitskräften zur Uranproduktion auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik greift in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurück. Nach der Besetzung Joachimsthal durch die Deutschen gingen die staatlichen Joachimsthaler Uranbergwerke am 1. Oktober 1938 in den Besitz des nationalsozialistischen Staates über. Ab dem 1. April 1939 vermietete das Deutsche Reich dann die *Joachimsthaler Bergwerke* für zehn Jahre an die *St. Joachimsthaler Bergbau Gesellschaft mbH*, die die Bergwerke bis Mai 1945 betrieb. Bereits zu dieser Zeit war die Schädlichkeit des Umgangs mit Uran bekannt, weil zu diesem Thema verschiedene Studien und Gutachten erarbeitet worden waren (Brandt/Rajewský u. a.). Dr. Arthur Brandt, Leiter des gewerbeärztlichen Dienstes von Sachsen, und Professor Dr. Boris Rajewsky, Leiter des Frankfurter Kaiser-Wilhelm-Institutes für Biophysik, hatten umfangreiche Reihenuntersuchungen durchgeführt und sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für die Anerkennung der »Joachimsthaler Bergkrankheit« als Berufskrankheit eingesetzt, weil die Ergebnisse dieser Studien offenbarten, dass die Radiumproduktion zum vorzeitigen Tod durch Lungenkrebs führt. Da den Bergleuten trotz der eingeleiteten Schutzmaßnahmen nicht substantiell geholfen werden konnte, zog man unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Propaganda allerdings den Schluss, dass die gesundheitsschädigenden Arbeiten von ausländischen Arbeitskräften, den so genannten Ostarbeitern, oder Häftlingen verrichtet werden sollten, denn schließlich sei es »unzulässig, dass deutsche Arbeiter eine Arbeit verrichten, die zu einem vorzeitigen Tode an Krebs führt«. ⁴ Konkret hieß das: »Es ist nicht zu verantworten, dass wertvolle Volksgenossen eine Arbeit leisten müssen, die bei längerer Verrichtung mit einer gewissen Sicherheit zum frühzeitigen Tod durch Lungenkrebs führt. Wenn der Staat die Gewinnung von

4 Urban, Jan.: Jáchymov – kolébka atomového věku, Maschinenschrift (ohne Seitennummerierung), 1965.